

ECO-Post

Meldungen aus Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik

Editorial	2
Effizienz fördern statt Energiesparen vorschreiben!	2
Europa	3
Ministerrat debattiert über Energieeffizienz	3
EU-Umweltminister beim Klimaschutz uneinig	4
Europäisches Parlament will Atommüll-Exporte verbieten	5
Stressiger Sommer für Europas Stromnetz	5
EU führt umweltökonomische Gesamtrechnungen ein.....	6
EU-Kommission und UN fordern mehr Ressourceneffizienz	6
LIFE Instrument für mehr Ressourceneffizienz	7
EMAS-Award 2011 zur Einbindung interessierter Kreise	7
Konsultation der EU-Kommission über Luftqualitätspolitik gestartet.....	8
Grüne Hauptstadt Europas 2014 gesucht	8
Integration der Meeresüberwachung.....	9
Bund	9
Energiewende: Gesetzgebungsverfahren kurz vor Abschluss.....	9
Neue Klimaschutz-Unternehmen gesucht	10
Smarter kühlen: Profis machen Kältetechnik energieeffizient.....	11
REACH-Info 8 „Nächste Schritte unter der EU-Verordnung REACH“ erschienen.....	12
Veranstaltungen	13
Energieeffizienz: Förderprogramme und Energiemanagement	13
Wasserrahmenrichtlinie in NRW: Auswirkungen und Finanzierung.....	13
Ökodesign für Produkte: IHK-Informationsveranstaltungen in Bayern.....	14
Städtebau und Immissionsschutz: Seminar am 8. und 9. September in Berlin	14
EcoStep – Betriebsoptimierung macht Mittelständler fit für Wettbewerb.....	15
Energiemanagement zur Steigerung der Effizienz im Betrieb	15
Zertifikatslehrgang EnergieManager IHK ab Oktober 2011	16
Betriebsbeauftragter für Abfall 20. bis 13. September 2011	16
Der europäische Emissionshandel – Gegenwart und Zukunft 31. August 2011	17
Personalien	17
DIHK richtet neuen Bereich „Umwelt, Energie, Rohstoffe“ ein.....	17

Editorial

Effizienz fördern statt Energiesparen vorschreiben!

Während in Berlin alle Aufmerksamkeit auf die beschleunigte Energiewende gerichtet ist, diskutiert man in Brüssel in diesen Tagen heftig über neue Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Europa. Energieversorger, Industrieunternehmen, Verbraucher und nicht zuletzt der Staat – sie alle sollen künftig merklich und nachweislich Energie einsparen. So jedenfalls will es die Europäische Kommission, die am 22. Juni 2011 einen neuen [Richtlinienvorschlag](#) präsentiert hat. Damit soll die EU erstmals einen umfassenden und strengen Rechtsrahmen für Energieeffizienz bekommen, der Vorgaben für die gesamte Energiekette – von der Erzeugung über die Verteilung bis zum Endverbrauch – enthält. Hintergrund ist das 2007 politisch (aber nicht rechtsverbindlich) festgelegte Ziel, den Energieverbrauch in der EU bis 2020 um 20 % zu verringern – dessen Erreichung jedoch nach aktuellen Prognosen in Frage steht.

Der Richtlinienvorschlag sieht eine Vielzahl konkreter Vorschriften und deutliche Eingriffe in die Wirtschaft und den öffentlichen Sektor vor. EU-Energiekommissar Günther Oettinger setzt dabei die Mitgliedstaaten durchaus unter Druck: Sie sollen nämlich zunächst selbständig ein eigenes Energieeffizienzziel bis 2020 festlegen. Bis Mitte 2014 will die Kommission dann bewerten, ob damit das EU-Gesamtziel einer 20 %-igen Energieeinsparung erreicht werden kann. Und falls nicht, will sie den Mitgliedstaaten verbindliche nationale Ziele vorgeben. Zudem soll der öffentliche Sektor eine Vorreiterrolle beim Energiesparen einnehmen. So sollen ab 2014 jährlich 3 % der öffentlichen Gebäude mit mehr als 250 m² Nutzfläche nach hohen Energieeffizienzstandards saniert werden. Dies bedeutet eine Verdopplung der bisherigen Sanierungsrate und dürfte Kosten in Milliardenhöhe verursachen. Die öffentliche Hand soll außerdem nur noch hochenergieeffiziente Produkte, Dienstleistungen und Gebäude beschaffen.

Die EU-Kommission schlägt zudem eine europaweite Energiesparquote vor: Ein neues „Energieeffizienzverpflichtungssystem“ soll bewirken, dass jährlich 1,5 % des Energieverbrauchs der Endkunden eingespart werden. Diese 1,5 %-Einsparung wird auf Basis des Absatzvolumens der Energieversorger im Vorjahr berechnet und soll prinzipiell auch durch die Energieversorger (über Effizienzberatung oder andere Maßnahmen) realisiert werden. Überraschend und anders als in Vorab-Entwürfen vorgesehen, will die EU-Kommission aber alternativ auch erlauben, dass Mitgliedstaaten andere Maßnahmen (wie Förderprogramme oder freiwillige Vereinbarungen) zur Erreichung der Einsparquote ergreifen – welche allerdings vorab in Brüssel genehmigt werden müssen. Auch andere Unternehmen als die Versorger sind im Visier der geplanten Energieeffizienz-Richtlinie: KMU sollen auf freiwilliger Basis ermutigt werden, Energieaudits und – managementsysteme einzuführen. Große Unternehmen hingegen haben keine Wahl, denn sie sollen verpflichtet werden, ab 2014 und dann alle drei Jahre ein Energieaudit durchführen zu lassen.

Der DIHK äußerte sich skeptisch gegenüber den Vorhaben von EU-Energiekommissar Günther Oettinger, die nun von Europäischem Parlament und Rat beraten werden müssen. So stellte Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des DIHK, klar: „Energieeffizienz liegt im eigenen Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft – die EU muss sie also nicht per Gesetz verordnen“. Gezielte Informationen, attraktivere Anreize und Technologieförderung seien der bessere Weg. "Die aktuellen Pläne der EU-Kommission schießen über das an sich richtige Ziel hinaus", kritisierte der DIHK-Hauptgeschäftsführer. "Sie enthalten zu viele dirigistische Vorgaben und bürokratische Detailregulierungen." Wenn Energieversorger zu Einsparungen von jährlich 1,5 Prozent beim Kunden und große Unternehmen zu Energie-Audits verpflichtet würden, widerspreche dies der Logik eines freien Marktes und entmündige Verbraucher und Betriebe gleichermaßen. Wansleben: "Dass die EU-Kommission zusätzlich den Mitgliedstaaten mit verbindlichen Einsparzielen ab 2014 droht, rückt das bislang positiv besetzte Thema Energieeffizienz umso mehr ins falsche Licht." (Gra)

Europa

Schlussfolgerungen zeugen von Zurückhaltung der EU-Mitgliedsstaaten

Ministerrat debattiert über Energieeffizienz

Neue Maßnahmen für Energieeffizienz, die aktuell laufenden Stresstests für europäische Atomkraftwerke und künftige Investitionen in Energieinfrastrukturen standen im Mittelpunkt der letzten [Sitzung des Energierates](#). Am 10. Juni 2011 waren die zuständigen Minister der 27 EU-Mitgliedstaaten in Luxemburg zusammengekommen. Sie haben sich von Energiekommissar Günther Oettinger über die Sicherheitsüberprüfungen für AKWs und seine Vorhaben zur künftigen Energiepolitik, insbesondere beim Thema Energieeffizienz, unterrichten lassen.

Knapp zwei Wochen bevor die EU-Kommission am 22. Juni 2011 ihren Vorschlag für eine neue [Energieeffizienz-Richtlinie](#) vorgelegt hat, haben sich die Minister bereits grundsätzlich zu den geplanten Maßnahmen positioniert. Sie verabschiedeten [Schlussfolgerungen](#) zum „[Energieeffizienzplan](#)“, den die Kommission im März 2011 als Grundsatzdokument und Vorposten zum Richtlinienvorschlag präsentiert hatte. Die Mitgliedstaaten äußern sich darin zurückhaltend zu einigen Vorhaben der Kommission. So ersuchen sie die Kommission, eine Alternative zur einer 3 %-Sanierungsquote für öffentliche Gebäude in Betracht zu ziehen. Auch zu Energie-Audits und –managementsystemen wählten sie eher offene Formulierungen und legten sich ebenso wenig fest wie bei der geplanten 1,5 %-igen Einsparung des Energieverbrauchs der Endkunden. Insgesamt betont der Energierat in den Schlussfolgerungen die Notwendigkeit flexibler Ansätze bei der Energieeffizienz und dringt darauf, nationale Gegebenheiten und Regelungen zu berücksichtigen.

Die Energieminister debattierten auch über den „Energiefahrplan 2050“, den die EU-Kommission im Herbst vorlegen will und der die energiepolitische Ausrichtung für die kommende Jahrzehnte skizzieren soll. In diesem Zusammenhang erläuterte Deutschland – vertreten durch BMWi-Staatssekretär Kapferer – auch die Entscheidung für einen Ausstieg aus der Kernenergie

bis zum Jahr 2022. In der Pressemeldung des Rates heißt es hierzu: „Im Anschluss hieran meldeten sich mehrere Delegationen zu Wort, um insbesondere die Notwendigkeit einer Koordinierung hervorzuheben.“ (Gra)

Aber gemeinsame Schlussfolgerungen zu Wasserressourcen und Biodiversität

EU-Umweltminister beim Klimaschutz uneinig

Überraschend konnten sich die EU-Umweltminister bei ihrer letzten Ratssitzung nicht auf umfassende Schlussfolgerungen zum Klimaschutz einigen. Sie sollten sich bei ihrem Treffen am 21. Juni 2011 in Luxemburg zum [„Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“](#) äußern, den die EU-Kommission im März 2011 vorgelegt hatte. Kurzfristig haben jedoch einige Mitgliedstaaten Bedenken über den ausgehandelten Text geäußert und Polen hat schließlich seine Zustimmung verweigert. Uneinigkeit bestand insbesondere über die Frage, inwieweit die EU durch eine Steigerung der Energieeffizienz bis 2020 die CO₂-Emissionen um 25 % reduzieren kann und in welcher Weise dies in die Schlussfolgerungen Eingang findet. Die EU-Kommission hatte in ihrem Klima-Fahrplan die 25 %-CO₂-Einsparung als kosteneffizienten Meilenstein für 2020 dargestellt. Anstelle von formellen Schlussfolgerungen des Umweltrates hat die ungarische Ratspräsidentschaft am Folgetag [Schlussfolgerungen des Vorsitzes](#) präsentiert mit dem Hinweis, dass 26 von 27 Mitgliedstaaten diese inhaltlich akzeptiert hatten.

Einvernehmlich zeigten sich die Mitgliedstaaten im Umweltrat bei den Themen Wasserknappheit und Biodiversität. Sie verabschiedeten [Schlussfolgerungen über den Schutz von Wasserressourcen und eine integrierte nachhaltige Wasserbewirtschaftung](#) und forderten darin, dass Wasserbelange in alle relevanten EU-Politiken einbezogen werden müssten. Außerdem haben die Umweltminister die neue [EU-Biodiversitätsstrategie](#) angenommen, welche die Europäische Kommission Anfang Mai 2011 mit Blick auf den Zeithorizont 2020 vorgeschlagen hatte. Um den Biodiversitätsverlust einzudämmen, sollen die sechs folgenden Ziele in allen wichtigen Politikbereichen verankert werden:

1. Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften zum Schutz von Vögeln und ihrer Lebensräume
2. Erhaltung und Verbesserung von Ökosystemen - Wiederherstellung von mindestens 15 % der Gebiete, die bereits Schaden genommen haben
3. Aufforderung der Land- und Forstwirtschaft, einen Beitrag zur Wiederherstellung der Biodiversität zu leisten
4. nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände durch Senkung der Fangquoten auf wissenschaftlich festgelegte Höchstgrenzen bis 2015
5. Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten
6. Erhöhung des EU-Beitrags zur Eindämmung des weltweiten Biodiversitätsverlusts.

In den [Schlussfolgerungen des Umweltrats](#) betonen die Mitgliedstaaten die Wichtigkeit der Biodiversitätsstrategie als Schlüsselinstrument der übergeordneten EU-Ziele bis 2020 für „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ und

forderten eine effektive und kohärente Umsetzung der sechs Ziele. (Gra)

Entschließung zum Richtlinienvorschlag verabschiedet

Europäisches Parlament will Atommüll-Exporte verbieten

Das Europäische Parlament hat sich am 23. Juni 2011 zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine [Richtlinie des Rates über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle](#) geäußert und ihn mit Änderungen gebilligt. Nach dem Willen der Europaabgeordneten sollen Exporte radioaktiver Abfälle in Länder außerhalb der EU verboten werden. Die Verbringung abgebrannter Brennstäbe in Nicht-EU-Staaten hingegen soll zulässig sein, wenn diese nach dem Recycling wieder in die EU eingeführt werden. Exporte von Atommüll innerhalb der EU sollen nur erlaubt sein, wenn dies durch bilaterale Übereinkommen geregelt ist. Das EU-Parlament fordert in seiner [Entschließung](#) außerdem strengere Regeln für den Schutz und die Ausbildung der Arbeitnehmer, striktere Kontrollen und mehr Befugnisse nationaler Behörden sowie mehr Forschung in Alternativen zur Endlagerung der Abfälle in tiefen geologischen Formationen.

Mit dem Votum für ein Export-Verbot von Atommüll in Drittstaaten entschied sich eine knappe Mehrheit der Europaabgeordneten gegen die Empfehlung des zuständigen Energieausschusses. Die Entschließung des Europäischen Parlaments ist jedoch für die Mitgliedstaaten nicht bindend. Die Richtlinie basiert auf dem Euratom-Vertrag und die endgültige Entscheidung obliegt den Ländern im Ministerrat. (Gra)

Bericht über Netzstabilität zeigt Risiken auf

Stressiger Sommer für Europas Stromnetze?

Das Europäische Netzwerk der Übertragungsnetzbetreiber ENTSO-E warnt in seinem [Sommer-Ausblick 2011](#) vor einer Überlastung des Stromnetzes. Während die Netzstabilität in Europa unter normalen Wetterbedingungen gegeben sein dürfte, könnte es im Falle von extremer Hitze und Trockenheit zu Problemen bei der Netzspannung kommen.

ENTSO-E berichtet regelmäßig über die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung in den EU-Mitgliedstaaten und analysiert die nationalen und regionalen Verknüpfungen zwischen Stromerzeugung und Nachfragespitzen. In diesem Jahr haben die Experten insbesondere die in Deutschland fehlenden Kapazitäten der acht seit März abgeschalteten Atomkraftwerke beäugt.

Eine mögliche Überlastung der Stromnetze resultiert aus verschiedenen Aspekten: Einige EU-Länder (Finnland, Polen, Ungarn und Lettland) werden während des Sommers vollständig von Stromimporten abhängen. An heißen Tagen entsteht zudem überall eine erhöhte Nachfrage und die Produktionsanlagen werden zusätzlich belastet. Beschränkte Entnahmemengen von Kühlwasser für Kohle- und Atomkraftwerke aus Flüssen (aufgrund von umweltrechtlich festgelegten Wassertemperaturen) beeinträchtigt die Erzeugungskapazitäten.

Durch die Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland im Rahmen des Moratoriums verschärft sich das Problem der Netzstabilität ebenfalls. Besonders Verteilzentren wie das Rhein-Main-Gebiet, das Rhein-Neckar-Gebiet und die Region München könnten Netzspannungsprobleme auch in anderen Ländern auslösen. Fehlende Kapazitäten müssen durch andere Anlagen (einschließlich erneuerbarer Energien) oder steigenden Importe aus Nachbarländern kompensiert werden. (Gra, Vo)

BIP soll um Umweltbilanzen ergänzt werden

EU führt umweltökonomische Gesamtrechnungen ein

Das Europäische Parlament hat Anfang Juni einem Verordnungsvorschlag der Kommission über "[Europäische Umweltökonomische Gesamtrechnungen](#)" zugestimmt, der das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch jährliche Umweltbilanzen als Instrument zur Messung der Wirtschaftsleistung eines Landes ergänzen soll. Nach dem [Votum](#) der Europaabgeordneten sollen die Mitgliedstaaten ab 2012 in ihrer Berichterstattung an das EU-Statistikamt Eurostat auch Luftemissionen, Materialflüsse und erhobene Umweltsteuern einbeziehen. In Zukunft könnten auch weitere Daten, zum Beispiel über die Verwendung von Wasser- und Waldressourcen, erfasst werden. Die formelle Annahme der Verordnung auch durch den Rat steht noch aus. (Gra)

Neue Berichte über Umgang mit knappen Ressourcen veröffentlicht

EU-Kommission und UN fordern mehr Ressourceneffizienz

Die Europäische Kommission und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) haben anlässlich der „Grünen Woche“ der EU im Mai 2011 zwei neue Berichte präsentiert, die eine radikale Änderung des Umgangs mit knappen Ressourcen fordern. Erstellt wurden die Studien vom [International Resource Panel](#), das unter Ko-Vorsitz von Ernst Ulrich von Weizsäcker wissenschaftliche Erkenntnisse über die Nutzung natürlicher Ressourcen und deren Umweltauswirkungen erarbeitet.

Der erste [Bericht](#) weist auf die sehr niedrigen Recyclingquoten von einigen Metallen hin und beschäftigt sich mit den Chancen, die sich bei einer Erhöhung der Quoten für die Industrie und die Umwelt ergeben. Während die Recyclingquoten von Eisen, Stahl, Aluminium, Kupfer, Blei und Zinn weltweit bei 25 – 75 Prozent lägen, gäbe es vor allem bei Hightech-Metallen Quoten von lediglich einem Prozent. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass durch einen Ausbau der Sammelsysteme und eine bessere Recycling-Infrastruktur vor allem in den Entwicklungsländern Millionen Tonnen an Treibhausgas-Emissionen eingespart werden könnten. Das Recyceln von Metallen sei zwei bis zehn Mal energiesparender als das Schmelzen von Roherzen.

Der zweite [Report](#) beschäftigt sich mit der Entkopplung der Nutzung natürlicher Ressourcen vom Wirtschaftswachstum. Laut des Berichts würde der Ressourcenverbrauch von Mineralien, Erzen, Fossilen Energieträgern und Biomasse bei unverändertem Nutzungsverhalten bis 2050 auf 140 Mrd. Tonnen steigen. Dies entspräche einer Verdreifachung des heutigen Verbrauchs. Als Lösung wird die Entkopplung der

Ressourcennutzung vom Wirtschaftswachstum durch eine erhöhte Ressourceneffizienz vorgeschlagen. Hierfür stellt der Bericht drei Szenarien vor: Bei dem ehrgeizigsten sollen die Industrieländer ihren Verbrauch von Ressourcen um zwei Drittel reduzieren, während die Entwicklungsländer das heutige Niveau beibehalten müssten. Dadurch könne der weltweite Ressourcenverbrauch auf dem Stand des Jahres 2000 eingefroren werden.

Die EU-Kommission will sich der Erkenntnisse aus den beiden Studien bei der Vorbereitung ihres „Fahrplans hin zu einem ressourceneffizienten Europa“ bedienen, der für Sommer/Herbst 2011 angekündigt ist. An der vorgeschalteten öffentlichen Konsultation hatte der DIHK gemeinsam mit der Dachorganisation EUROCHAMBRES teilgenommen; die Ergebnisse der Befragung will die EU-Kommission in Kürze auf ihrer [Homepage](#) veröffentlichen. (Gra, Wo)

**Best-Practice-Sammlung
des EU-
Umweltförderprogramms
veröffentlicht**

LIFE als Instrument für mehr Ressourceneffizienz

Neben dem Thema Energieeffizienz steht auch die Ressourceneffizienz zurzeit ganz oben auf der Agenda der Europäischen Kommission. Sie will im zweiten Halbjahr 2011 einen „Fahrplans hin zu einem ressourceneffizienten Europa“ vorlegen und bereitet diesen mit öffentlichen Konsultationen und wissenschaftlichen Analysen vor. In diesem Zusammenhang hat die EU-Behörde auch eine Publikation über ihr Förderprogramm LIFE vollständig dem Thema Ressourceneffizienz gewidmet: Die neue Ausgabe des „[LIFE Focus](#)“ wurde im Rahmen der „Grünen Woche“ im Mai in Brüssel präsentiert. Sie stellt dar, welchen Beitrag das EU-Förderprogramm für Umwelt- und Naturschutzvorhaben (LIFE = L'Instrument Financier pour l'Environnement) zu einem effizienteren Umgang mit Ressourcen leistet. So können LIFE-Gelder beispielsweise für Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich und für Investitionen in Wassereffizienz oder das Ökodesign von Produkten beantragt werden. In der 72 Seiten langen Broschüre werden eine Reihe von erfolgreichen LIFE-Projekten vorgestellt und praxisnahe Hinweise geliefert. (Gra)

**Bewerbungen bis zum
31. August beim DIHK
einreichen**

EMAS-Award 2011 zur Einbindung interessierter Kreise

Auch in diesem Jahr schreibt die Europäische Kommission wieder den EMAS-Award aus. Dieser soll herausragende Leistungen bei der Anwendung des Europäischen Gemeinschaftssystems für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung EMAS auszeichnen.

In diesem Jahr steht die "Einbindung interessierter Kreise, die zu einer kontinuierlichen Verbesserung führt" im Mittelpunkt des Wettbewerbs, an dem Unternehmen und Organisationen aus allen Mitgliedstaaten der EU teilnehmen. Die detaillierte Ausschreibung ist erhältlich beim DIHK unter der E-Mail-Adresse stettner.marion@dihk.de. Einzureichen sind die Bewerbungen unter selbiger Adresse bis zum 31. August 2011. Die Gewinner werden am 17. November 2011 in Krakau ausgezeichnet.

Bereits seit 2005 wird die beste Umweltleistung prämiert. Der EMAS-Award legt jedes Jahr ein anderes Motto fest, so dass der Fokus immer wieder auf einem anderen spezifischen Umweltthema liegt. (Hüw)

Beteiligung bis 30. September 2011 möglich

Konsultation der EU-Kommission über Luftqualitätspolitik gestartet

Die Europäische Kommission hat am 30. Juni 2011 eine Befragung über ihre bisherige Luftqualitätspolitik gestartet. Binnen drei Monaten können interessierte Kreise sich zu Wirksamkeit, Stärken und Schwächen der bestehenden EU-Gesetzgebung äußern. Im Fokus der öffentlichen Konsultation stehen insbesondere die [Richtlinie 2008/50/EG](#) über Luftqualität und saubere Luft für Europa sowie die [Richtlinie 2004/107/EG](#) über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft.

Die [Online-Konsultation](#) ist der Beginn einer umfassenden Überprüfung der europäischen Gesetzgebung für Luftqualität, die 2013 beendet werden und gegebenenfalls eine Novellierung des Rechtsrahmens nach sich ziehen soll.

Unternehmen und öffentliche Verwaltungen können sich ebenso wie andere Interessierte bis zum 30. September 2011 zu den Fragen der EU-Kommission äußern. (Gra)

**Bewerbungsfrist:
14. Oktober 2011**

Grüne Hauptstadt Europas 2014 gesucht

Mitte Juni hat die Europäische Kommission den Wettbewerb für die Auszeichnung „Grüne Hauptstadt Europas 2014“ gestartet. Dieses Jahr ist Hamburg die „Grüne Hauptstadt Europas“, 2012 wird es Vitoria-Gasteiz in Spanien und 2013 Nantes in Frankreich sein. Den Titel erhalten Städte, die eine Vorreiterrolle für umweltfreundliches städtisches Leben einnehmen und als Vorbilder und Ideengeber für andere Städte dienen.

Bei den Bewerbungen werden insgesamt 12 Umwelt-Indikatoren überprüft: lokaler Beitrag zum weltweiten Klimaschutz, Verkehr, städtische Grünflächen, Lärm, Abfallaufkommen und –bewirtschaftung, Natur und biologische Vielfalt, Luftqualität, Wasserverbrauch, Abwasserbehandlung, Öko-Innovation und Schaffung dauerhafter Beschäftigung, Umweltmanagement der lokalen Behörden und Energieeffizienz. Die EU-Kommission will mit dem Wettbewerb nicht nur bereits erfolgte Leistungen anerkennen, sondern den Städten auch Anreize für mehr Engagement bei Umweltschutz und nachhaltiger Entwicklung bieten.

Europäische Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern können sich bis zum 14. Oktober 2011 mit einem Online-Formular über die Website www.europeangreencapital.eu bewerben. Der Gewinner wird im Juni 2012 bekanntgegeben. (Sr, Gra)

Rat unterstützt Aufbau eines europäischen Netzwerks

Integration der Meeresüberwachung

Am 23.05.2011 hat der Rat für Allgemeine Angelegenheiten [Schlussfolgerungen zur Meeresüberwachung](#) angenommen. Darin unterstützt er die [Initiative der EU-Kommission](#) vom Oktober 2010, Überwachungsdaten und -Informationssysteme der EU-Mitgliedstaaten im Bereich Seesicherheit, Meeresverschmutzung, Fischereikontrolle und zur Kontrolle der EU-Außengrenzen besser zu vernetzen. Das Netzwerk soll über 420 Behörden und Agenturen auf europäischer und nationaler Ebene verbinden. So soll ein dezentraler, kostenwirksamer Verbund aufgebaut werden, der bestehende Informationslücken über ganz Europa hinweg füllt und Datendopplung vermeidet. Die Einrichtung eines integrierten Meeresüberwachungssystems der EU war einer der Schwerpunkte der EU-Kommission in ihrem [Aktionsplan für eine Integrierte Meerespolitik](#) vom Oktober 2007. Ein solcher Informationsbund zur Meeresüberwachung würde zu einer neuen Ära in der Governance der europäischen Meere führen, so Maria Damanaki, EU-Kommissarin für Fischerei und Maritime Angelegenheiten, zur Verabschiedung der Schlussfolgerungen des Rates. (Ha)

Bund

Energiewende: Gesetzgebungsverfahren kurz vor Abschluss

Sonderausgabe der ECO-Post folgt

Nach den Ereignissen in Fukushima und auf Basis der Berichte der [Reaktor-Sicherheitskommission](#) sowie der [Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung](#) hat die Bundesregierung am 6. Juni 2011 ein Konzept für eine "beschleunigte Energiewende" vorgelegt. Das Papier mit [39 Eckpunkten](#) skizziert die Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik und geht mit einer Reihe von Gesetzgebungsvorschlägen einher. Inzwischen hat der Deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 dem vollständigen Atomausstieg bis 2022 und dem damit verbundenen Gesetzespaket zur Energiewende zugestimmt. Das Gesetzgebungsverfahren wird mit dem Votum des Bundesrates am 8. Juli 2011 seinen Abschluss finden.

Das Gesetzespaket zur Energiewende besteht aus acht Gesetzen; die Beschlüsse des Bundestages umfassen:

- Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes (Drucksache 17/6070), ohne Änderung durch Ausschüsse (Drucksache 17/6070)
- Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG) (Drucksache 17/6071), wurde in der vom Umweltausschuss geänderten Fassung angenommen (Drucksache 17/6363)
- Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Drucksache 17/6073), wurde in der vom Wirtschaftsausschuss geänderten Fassung angenommen (Drucksache 17/6366)
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" - EKFG-ÄndG (Drucksache 17/6075), wurde in der geänderten

- Fassung des Haushaltsausschusses angenommen (17/6252)
- Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden (Drucksache 17/6074), wurden in der vom Finanzausschuss geänderten Fassung angenommen (Drucksache 17/6358)
 - Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften (EnWG) (Drucksache 17/6072), wurde in der vom Wirtschaftsausschuss geänderten Fassung angenommen (Drucksache 17/6365)
 - Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden (Drucksache 17/6076), wurde in der vom Verkehrs- und Bauausschuss geänderten Fassung angenommen (Drucksache 17/6357)
 - Ersten Gesetzes zur Änderung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften (Drucksache 17/6077), wurde in der vom Verkehrs- und Bauausschuss geänderten Fassung angenommen (Drucksache 17/6364).

Eine Verordnung zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften wird parallel verabschiedet. Die Arbeiten an einer Anpassung der Energieeinsparverordnung stehen vor dem Abschluss.

Die nächste Ausgabe der ECO-Post wird sich schwerpunktmäßig mit der Analyse und Bewertung der Gesetze zur sogenannten "beschleunigten Energiewende" befassen. (Gra)

**Bewerbungen bis
30. September
2011 willkommen**



Neue Klimaschutz-Unternehmen gesucht

Ab sofort können sich Unternehmen wieder um eine Aufnahme in die Gruppe der Klimaschutz-Unternehmen bewerben. Die Klimaschutz-Unternehmen sind ein Zusammenschluss von Unternehmen in Deutschland, die durch herausragende Innovationen eine Vorreiterrolle bei Klimaschutz und Energieeffizienz einnehmen. Initiiert wurde die Gruppe der Klimaschutz-Unternehmen durch die Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation, die der DIHK 2009 mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dessen Klimaschutzinitiative sowie mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geschlossen hat.

Die bisher 15 in die Gruppe aufgenommenen Klimaschutz-Unternehmen haben sich freiwillig zu messbaren und ambitionierten Zielen bei Klimaschutz und Energieeffizienz verpflichtet und herausragende Energieeffizienzprojekte in ihren Unternehmen erfolgreich umgesetzt. Dadurch verringern sie die CO₂-Emissionen, verbessern ihre Wettbewerbsposition und zeigen Verantwortung für die Lebensgrundlagen künftiger Generationen.

Als branchenübergreifender Zusammenschluss von Unternehmen aller Größenklassen verbindet die Mitglieder das

Engagement für Klimaschutz und Energieeffizienz. Sie zeichnen sich aus durch:

- Ambitionierte Ziele für Klimaschutz- und Energieeffizienz, die regelmäßig analysiert und überprüft werden.
- Nachhaltige Geschäftsmodelle: Innovative Produkte und Dienstleistungen, die zum Klimaschutz beitragen.
- Herausragende Beispiele energieeffizienter Produktionsverfahren und unternehmensinterner Prozesse.

Die Bewerbungsfrist endet am Freitag, den 30. September 2011.

Mehr zu den Klimaschutz-Unternehmen erfahren Sie unter www.klimaschutz-unternehmen.de. Interessierte Unternehmen klicken auf „Mitmachen“ oder wenden sich an Wolfgang Saam, Referent im Projektbüro der Partnerschaft für Klimaschutz, Energieeffizienz und Innovation, Tel. 030 20308 2243, E-Mail: saam.wolfgang@dihk.de. (Zin)

Neuer IHK-Zertifikatslehrgang vermittelt das nötige Know-how

Smarter kühlen: Profis machen Kältetechnik energieeffizient

Die Optimierung betrieblicher Kälteanlagen birgt erhebliche und oft unterschätzte Einsparpotenziale. Wie man sie realisiert, wissen die Absolventen des neuen Lehrgangs "Spezialist für energieeffiziente Kältetechnik (IHK)".

Kältetechnik ist ein fester Bestandteil moderner Produktions- und Logistikketten in Industrie und Gewerbe – und verbraucht sehr viel Energie: Knapp 15 Prozent des gesamten deutschen Strombedarfs entfallen auf die technische Kälteerzeugung; in einigen Wirtschaftssektoren sind es sogar mehr als 50 Prozent. Dennoch stehen Energieeffizienz-Gesichtspunkte beim Betrieb und bei der Errichtung von Kälte- und Klimatechnik-Anlagen bisher nur selten im Vordergrund, sodass der Forschungsrat Kältetechnik Energieeinsparungen von bis zu 40 Prozent für möglich hält. Diese Potenziale aufdecken können allerdings nur entsprechend qualifizierte Spezialisten. Sie müssen in der Lage sein, betriebliche Kälteanlagen energetisch zu bewerten, und sie müssen die Optimierungsmöglichkeiten kennen. Ein neuer Zertifikatslehrgang der Industrie- und Handelskammern (IHKs) soll genau solche Fachleute hervorbringen.

Das Trainingskonzept "Spezialist für energieeffiziente Kältetechnik (IHK)" vermittelt Know-how über die entscheidenden Systemkomponenten und deren Stellschrauben für mehr Effizienz. Die Absolventen können die Wirtschaftlichkeit einer Investition beurteilen, die Betriebsleitung beim Entscheidungsprozess beraten und sie sind ideale Ansprechpartner für externe Fachleute. In insgesamt 62 Unterrichtsstunden werden die wichtigsten Themen der Kältetechnik behandelt. Integraler Bestandteil der Weiterbildung ist zudem eine 18-stündige Projektarbeit, in der die Teilnehmer das theoretisch erworbene Wissen in die betriebliche Praxis umsetzen können. So profitiert das entsendende Unternehmen bereits während des Lehrgangs von ersten Optimierungsvorschlägen.

Weitere Informationen zu der Qualifizierung erhalten Sie bei Ihrer [IHK vor Ort](#) oder bei Ihrem regionalen Weiterbildungsberater – ein Verzeichnis gibt es auf der Website des Weiterbildungs-Information-Systems [WIS](#).

Ansprechpartner für allgemeine Fragen zum Konzept ist bei der [DIHK-Bildungs-GmbH](#), Tom Ankirchner, E-Mail ankirchner.tom@wb.dihk.de. (Quelle: DIHK-Bildungs-GmbH)

Neue Broschüre informiert über Pflichten für Hersteller und Importeure

REACH-Info 8 "Nächste Schritte unter der EU-Verordnung REACH" erschienen

Der REACH-Prozess im europäischen Chemikalienrecht ist im Fluss. Mit der Broschüre REACH-Info 8 "Nächste Schritte unter der EU-Verordnung REACH" gibt die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) als nationale Auskunftsstelle im REACH-Verfahren einen Überblick über Maßnahmen, die verschiedene Akteure jetzt in Angriff nehmen müssen. Neben den REACH-Verpflichtungen kommen auf Hersteller und Importeure einige Meldepflichten im Rahmen der CLP-Verordnung zu. Die Broschüre geht auf Pflichten in Zusammenhang mit der Registrierung, der Zulassung oder Beschränkung von Stoffen und der CLP-Verordnung ein.

Nach dem Grundsatz "ohne Daten kein Markt" dürfen unter REACH Stoffe nur noch hergestellt und vermarktet werden, wenn sie bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) registriert wurden. Bei der Registrierung müssen Hersteller und Importeure Daten über die Stoffeigenschaften vorlegen, mit denen sich Gefährdungen für Mensch und Umwelt bewerten lassen. Die Bewertung muss jede Verwendung des Stoffes berücksichtigen. REACH-Info 8 stellt das Registrierungsverfahren in seinen Einzelheiten vor, nennt Registrierungsfristen und Ausnahmeregelungen.

Manche Stoffe besitzen besonders besorgniserregende Eigenschaften. Sie können beispielsweise das Erbgut verändern oder sind biologisch schwer abbaubar. Diese Stoffe können möglicherweise künftig einem Zulassungsverfahren unterworfen sein. Dann dürfen sie nur noch genutzt werden, wenn die Verwendung zugelassen ist. Stoffe, von denen unannehmbare Risiken für Mensch und Umwelt ausgehen, können durch das Beschränkungsverfahren vollständig oder für bestimmte Verwendungen verboten werden.

Darüber hinaus geht die Broschüre kurz auf Meldepflichten durch die CLP-Verordnung zu Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung ein und stellt die Leitfäden der ECHA als Handlungshilfen bei der Umsetzung vor. Ein Glossar und Hinweise auf nützliche Adressen im Internet runden die Broschüre ab.

Die Broschüre REACH-Info 8 "Nächste Schritte unter der EU-Verordnung REACH" kann in kleinen Mengen kostenlos über das Informationszentrum der BAuA bezogen werden, Postfach 17 02 02, 44061 Dortmund, Telefon 0231 9071-2971, Fax 0231 9071-2679, E-Mail: info-zentrum@buaa.bund.de.

Darüber hinaus steht die Broschüre im PDF-Format auf der Homepage des REACH-CLP Helpdesks www.reach-clp-helpdesk.de in der Rubrik Broschüren zum Herunterladen bereit.
Direkter Link:

www.baua.de/de/Publikationen/Broschueren/REACH-Info/REACH-Info-08.html

Der REACH-CLP-Helpdesk beantwortet zudem Anfragen telefonisch 0231 9071-2971, per Fax 0231 9071-2679 oder E-Mail reach-clp@baua.bund.de. (Quelle: BAuA)

Veranstaltungen

**Informationsveranstaltung
am 14. Juli 2011 in der IHK Ulm**

Energieeffizienz: Förderprogramme und Energiemanagement

In vielen Unternehmen schlummern noch Energieeffizienzpotenziale beim rationellen Umgang mit der benötigten Energie. Ansatzpunkte wie Wärme- und Kältetechnik, Beleuchtung und elektrische Antriebe sowie Druckluft und Rechenzentrum bieten eine Fülle von Gestaltungsmöglichkeiten der Energieeffizienz.

Bund und Länder bieten eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten für Unternehmen an. Von der Basisberatung über Zuschüsse für Projekte bis hin zu zinsvergünstigten Darlehen können Sie Know-how und finanzielle Unterstützung zugunsten Ihres Unternehmens einsetzen.

Nutzen Sie die Gelegenheit. Wir geben Ihnen einen Überblick, welche Maßnahmen gefördert werden, wo diese Mittel zu beantragen sind und welche Voraussetzungen es zu beachten gilt.

Weitere Informationen sind auf der [Homepage](#) der IHK Ulm erhältlich. (Quelle: IHK Ulm)

**„IHK-Forum Wasser 2011“ mit
Landesumweltminister Rempel
am 14. Juli 2011 in Krefeld**

Wasserrahmenrichtlinie in NRW: Auswirkungen und Finanzierung

Wie die teils erheblichen Belastungen gemildert werden können, die Betrieben durch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Nordrhein-Westfalen (NRW) entstehen, erörtern Experten aus Politik und Wirtschaft am 14. Juli in Krefeld. Zu ihrem "IHK-Forum Wasser 2011" laden die nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern (IHKs) ab 12 Uhr ins Restaurant "achterdeck" ein.

Im einleitenden Vortrag gibt NRW-Umweltminister Johannes Rempel einen Überblick über die Vorstellungen der Landesregierung zum Gewässerschutz. Rempel beteiligt sich darüber hinaus an einem Gespräch "Abgabenbelastung: Was verträgt die Wirtschaft noch?". Nach der Mittagspause geht es dann ganz konkret um die kostenoptimale Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Präsentiert wird unter anderem das Konzept der "multifunktionalen Ersatztaue" oder das Flussgebietsmanagement des Wupperverbandes. Abschließend erläutert ein Fachmann des Deutschen Rats für Landschaftspflege die Wirkweise des sogenannten Trittsteinkonzeptes, das auf die ökologische Inwertsetzung intakter und der Aufwertung benachbarter Abschnitte im

Fließgewässer abzielt. Die intakten Bereiche dienen als Lebensräume für verschiedene Tier- und Pflanzenarten; die dazwischenliegenden aufgewerteten Abschnitte erleichtern als "Rastplätze" insbesondere wandernden Arten die Ausbreitung. Anmeldeschluss für die kostenfreie Veranstaltung ist der 7. Juli. Einen Einladungs-Flyer mit dem vollständigen Programm finden Sie auf der Website der [IHK zu Essen](#). (Quelle: IHK Essen)

**Am 20. Juli in Würzburg und
am 21. Juli in Nürnberg**

**Ökodesign für Produkte: IHK-Informationsveranstaltungen
in Bayern**

Die IHKs Würzburg-Schweinfurt und Nürnberg für Mittelfranken organisieren am 20. und 21. Juli 2011 jeweils ab 14 Uhr Informationsveranstaltungen zur europäischen Ökodesign-Richtlinie und deren Umsetzung in Deutschland. Es werden konkrete Informationen über die CE-Kennzeichnung – von der Sicherheit bis hin zum Ökodesign – und Beispiele aus der Praxis präsentiert.

Weitere Informationen sind bei der [IHK Würzburg-Schweinfurt](#) und der [IHK Nürnberg für Mittelfranken](#) erhältlich. (Gra)

**DIHK und Institut für Städtebau
informieren über Neuigkeiten**

**Städtebau und Immissionsschutz: Seminar am 8. und 9.
September in Berlin**

Aktuelles rund um Rechtsprechung und Konfliktbewältigung behandelt auch in diesem Jahr das Seminar „Städtebau und Immissionsschutz“, zu dem der DIHK und das Institut für Städtebau im Spätsommer nach Berlin einladen.

Am 8. und 9. September geht es im Haus der Deutschen Wirtschaft um die fachlichen Anforderungen und Rechtsgrundlagen zum Immissionsschutz in der Bauleitplanung und Vorhabenzulassung sowie um die Bedeutung der einschlägigen Regelwerke für die Abwägung.

Denn nicht nur für industrielle und infrastrukturelle Großprojekte ist das Zusammenspiel von Bauleitplanung und Immissionsschutz ein schwieriges Unterfangen. Auch kleine und mittlere Unternehmen stoßen schnell an ihre Grenzen, wenn es um die Einhaltung von EU-Normen, von Bundes- und Landesregelungen geht.

Bei dem Kurs in Berlin werden anhand aktueller Fragestellungen für unterschiedliche Fallkonstellationen die Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktbewältigung durch Bauleitplanung im Rahmen der Vorhabenzulassung, Verordnungen und vertraglichen Regelungen aufgezeigt und mit den Teilnehmern diskutiert.

Unternehmensjuristen und Rechtsanwälte sind ebenso eingeladen wie Mitarbeiter von Industrie- und Handelskammern, Stadtverwaltungen und anderen Behörden, die sich mit der Planung und Genehmigung von Anlagen und Objekten beschäftigen.

Die Teilnahme kostet 300 Euro. Das Programm mit Kontaktinformationen und weiteren Details steht [hier](#) zum Download bereit. (TF)

EcoStep macht Mittelständler fit

EcoStep – Betriebsoptimierung macht Mittelständler fit für den Wettbewerb

Sie wollen Ihre Abläufe schneller, sicherer und produktiver gestalten? Sie wollen wieder mehr Zeit für das Wesentliche finden? Sie wollen rechtssicherer werden? Arbeitsschutz, Umweltschutz und Qualität sind Ihnen wichtig? Dann besuchen Sie die kostenlose Infoveranstaltung des RKW Hessen und der IHK Kassel zu „EcoStep“ am

**9. August 2011, 16:00 – 17:45 Uhr
FiDT Technologie- und Gründerzentrum Kassel.**

Anmeldung und weitere Informationen unter http://www.ihk-kassel.de/index.cfm?CFID=11609906&at=Veranstaltungen&mt=Veranstaltungen&pt=Event_Detail&id=C08A63DE-918B-6714-8060D628CBC01160

Energiemanagement zur Steigerung der Effizienz im Betrieb

Veranstaltungen „Energiemanagement zur Steigerung der Effizienz im Betrieb“

Der Energieverbrauch in Unternehmen wird von zahlreichen Faktoren beeinflusst. Komplexe Strukturen und miteinander verzahnte Produktions- und Unternehmensprozesse erschweren oftmals den Einstieg in ein betriebliches Energiemanagementsystem. Energiemanagementsysteme tragen maßgeblich dazu bei, die Energieeffizienz in Unternehmen und Organisationen zu erhöhen. Sie sind ein gutes Instrument, Energieeinspar-Potenziale zu heben und die energetische Leistung durch einen systematischen Ansatz kontinuierlich zu verbessern.

Die Veranstaltungen zeigen anhand der Norm DIN 16001, was zu den Aufgaben des Energiemanagements gehört und wie es in der Praxis umgesetzt werden kann. Ein wichtiger Baustein zum erfolgreichen Energiemanagement ist die Kenntnis über die Energieflüsse im eigenen Unternehmen. Anhand von Beispielen wird gezeigt, mit welchen Möglichkeiten Energiedaten erhoben und ausgewertet werden können und wie Sie diese gezielt nutzen, um Optimierungen herbeizuführen. Hinweise zu Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms „Hessen-PIUS“ runden die Veranstaltungen ab.

**Termine: 7. September, Marburg
16. September, Kassel
27. September, Bad Hersfeld**

Uhrzeit: 14:00 Uhr – 17:30 Uhr

Kosten: 150,00 €

Info / Anmeldung: Judith Scheuer-Schmidt, IHK Kassel in Marburg, Tel. 06421 9654-31,
scheuer-schmidt@kassel.ihk.de

Qualifizieren – Umsetzen – Sparen **Schluss mit den Energiekosten**



Werden Sie zum Energieprofi und sparen Sie ohne Investitionen sofort Geld! Unser Referententeam aus der Praxis für die Praxis führt Sie durch den IHK EnergieManager Lehrgang ab 28. Oktober 2011. Die Schwerpunkte liegen auf Energiemanagement, Energietechnische Grundlagentheorien, Lüftungs- und Heizungstechnik, Wärmerückgewinnung, Druckluft aber auch den Einsatz erneuerbarer Energien. Insgesamt umfasst der IHK Lehrgang 140 Unterrichtsstunden. Zusätzlich erhält jeder Teilnehmer Zugang zu einem eForum, in dem er weiteres interessantes Lehrmaterial findet und mit einem Fachpublikum korrespondieren kann. Melden Sie sich jetzt an und nutzen Sie die Chance Energieprofi in Ihrem Unternehmen zu werden.

Ihr IHK-Ansprechpartner

Thomas Kläßen
06441 9448-1510
klassen@lahndill.ihk.de

Betriebsbeauftragter für Abfall

Betriebsbeauftragter für Abfall Seminar zum Erwerb der Fachkunde im Sinne §§ 54-55 KrW-/AbfG mit Fachexkursion

Dieses Seminar vermittelt Fachkräften, die als Abfallbeauftragter im Unternehmen bestellt werden sollen, die geforderte Fachkunde im Sinne der §§ 54-55 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Erlernen Sie die Aufgaben des Beauftragten, die rechtlichen Grundlagen und deren Anwendungen in der betrieblichen Praxis. Neben Fachbeiträgen ausgewählter Referenten erwartet Sie eine Fachexkursion zum Abfallwirtschaftszentrum in Aßlar. Durch die Besichtigung der Deponie, der Kompostierungs- und Sickerwasserreinigungsanlage (MBA) erleben Sie hier die Abfallwirtschaft in der Praxis. Ziel dieses Seminars ist es, Ihnen als zukünftiger Beauftragter für Abfall die Kenntnisse zur fachlich fundierten Erfüllung Ihrer Aufgaben sowie die gesetzlichen Anforderungen und die praxisgerechte Umsetzung zu vermitteln. Ganz nach unserem Motto: aus der Praxis für die Praxis.

Die Teilnehmer erhalten ein Teilnahmezertifikat.

Termin: 20. bis 23. September 2011

Ort: IHK Schulungsgebäude Gießen

Teilnahmekosten: 1.298 €

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

Ansprechpartner Eco-Academy:
Petra Michels
0641 97275160
petra.michels@eco-academy.de

Der europäische Emissionshandel

Der europäische Emissionshandel - Gegenwart und Zukunft Frankfurt am Main, 31.08.2011

Eine neue Phase des europäischen Emissionshandels steht bevor: Ab 2013 treten Änderungen in Kraft, die für die Realisierung der EU-Klimaschutzziele bis 2020 von zentraler Bedeutung sind.

Auf der Infoveranstaltung der HA Hessen Agentur GmbH ziehen Experten eine Zwischenbilanz aus den bisherigen Handelsperioden, geben einen Überblick über die zukünftigen Neuregelungen und zeigen konkrete Tipps für die Praxis auf.

Hierzu laden Sie die Transferstelle Internationaler Emissionshandel Hessen des Hessischen Umweltministeriums und die Aktionslinie Hessen-Umwelttech des Hessischen Wirtschaftsministeriums herzlich ins FIZ ConferenceLab nach Frankfurt ein.

Das Programm sowie weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter:

<http://www.transferstelle-emissionshandel-hessen.de/dynasite.cfm?dsmid=14624&newsid=6934&dsnocache=0>

Kontakt:

HA Hessen Agentur GmbH
Abraham-Lincoln-Straße 38–42
65189 Wiesbaden

Ansprechpartner:

Dr. Tina Knispel

Transferstelle Internationaler Emissionshandel Hessen
– Focal Point CDM/JI –
Telefon: 0611 774-8419

tina.knispel@hessen-agentur.de

www.transferstelle-emissionshandel-hessen.de

Personalien

Neuer Zuschnitt, neue Zuständigkeiten

DIHK richtet neuen Bereich "Umwelt, Energie, Rohstoffe" ein

Dass die Energiepolitik für die Unternehmen von herausragender Bedeutung ist, zeigt sich in diesen Tagen überdeutlich. Aber auch die Umweltpolitik und die Sicherung der Rohstoffversorgung sind Themen, die intensiver Beschäftigung bedürfen. Der DIHK hat daher nach der Ernennung von Thomas Ilka zum Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium die von ihm bislang verantworteten Bereiche neu zugeschnitten und Herrn Dr. Hermann Hüwels mit der Leitung des neuen Bereichs "Umwelt, Energie, Rohstoffe" betraut. Herr Dr. Hüwels ist Jurist und seit 1986 im DIHK mit unterschiedlichen Themen der Umwelt- und Energiepolitik befasst. Als neuer Referent für Energie- und Klimapolitik ist seit Mitte Juni Herr Dr. Sebastian Bolay für den DIHK tätig. Herr Dr. Bolay wird sich vorwiegend mit den Folgen der Energiewende für die deutsche Wirtschaft

befassen. Corinna Grajetzky wird die Energie- und Klimapolitik der EU für die IHK-Organisation begleiten. Neue Europachefin des DIHK in Brüssel ist Frau Dr. Sabine Hepperle. Sie ist seit 2004 im DIHK-Bereich International tätig, zuletzt war sie verantwortlich für das Referat "Asien/Pazifik".

Redaktion: Tine Fuchs (TF), Corinna Grajetzky (Gra), Regina Haas, IHK Nord (Ha), Dr. Hermann Hüwels (Hüw), Susanne Schraff (Sr), Dirk Vogt, IHK für München und Oberbayern (vo), Sven Wolf, IHK Nord Westfalen (Wo), Sabine Zinzgraf (Zin)

Bei den verlinkten externen Seiten handelt es sich ausschließlich um fremde Inhalte. Der DIHK übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt der verlinkten Seiten. Wir haben keinerlei Einfluss auf den Inhalt dieser Seiten und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Rechtmäßigkeit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit fremder Inhalte keine Gewähr leisten. Es wird ausdrücklich erklärt, dass zum Zeitpunkt der Linksetzung die entsprechend verlinkten Seiten frei von illegalen Inhalten waren.